

Themenblätter im Unterricht/Nr. 121



.....

Rüstungsexporte aus Deutschland: Grundlagen und Kritik

— Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (30 Stück) und Hinweise für den Einsatz im Unterricht





Inhalt

Vorab: Zum Autor, Impressum, Lieferbare Themenblätter im Unterricht, Zum Titelbild

Lehrerblatt 01–08: Anmerkungen für die Lehrkraft, Kopiervorlagen

Arbeitsblätter: Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (30 Stück)

zum Thema „Rüstungsexporte aus Deutschland: Grundlagen und Kritik“

Hinweise: Weiterführende Literatur und Internetadressen

Rückseite: Fax-Bestellblatt

— Zum Autor



Uli Jäger

Politikwissenschaftler
M.A., Jahrgang 1958,
lebt in Rottenburg
am Neckar.

Arbeitsschwerpunkte: Friedens-
pädagogik in Konflikt- und
Kriegsregionen; Friedensbildung
an Schulen; Globales Lernen.

Veröffentlichungen u.a.:

Global Lernen Kompakt. 40 Unter-
richtsideen für die Sekundarstufen
zu aktuellen Themen Globalen
Lernens, Berlin 2013; Erziehung
zur Friedensliebe. Annäherungen an
ein Ziel aus der Landesverfassung
Baden-Württemberg (Hrsg. u.a.),
Baden-Baden 2018.

Uli Jäger ist Programme Director
für Peace Education and Global
Learning bei der Berghof Foundation /
Friedenspädagogik Tübingen
und Honorarprofessor an der Uni-
versität Tübingen.

— Impressum

— Herausgeberin: Bundeszentrale für
politische Bildung / bpb, Adenauerallee 86,
53113 Bonn, www.bpb.de

— E-Mail der Redaktion: linda.kelch@bpb.de
(keine Bestellungen!)

— Autor: Uli Jäger

— Redaktion: Linda Kelch (verantwortlich)

— Gutachter: Prof. Dr. Johannes Varwick

— Gestaltung: Leitwerk. Büro für
Kommunikation, Köln, www.leitwerk.com

— Titelfoto: Olivier Saint-Hilaire/Haytham/laif

— Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

— Papier: 100 % Recyclingpapier

— Urheberrechte: Text und Illustrationen sind
urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in
Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungs-
frei vervielfältigt werden. Bei allen gesondert
bezeichneten Fotos, Grafiken und Karikaturen
liegen die Rechte nicht bei uns, sondern bei
den Agenturen.

— Haftungsausschluss: Die bpb ist für den
Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht
verantwortlich.

— Erste Auflage: Dezember 2018,
Bestell-Nr. 5415, ISSN 0944-8357
(siehe Bestellcoupon auf der letzten Seite)

— Lieferbare Themenblätter im Unterricht

- Nr. 37: 20. Juli 1944 – Attentat auf Hitler. Bestell-Nr. 5387 (neu 2008)
Nr. 46: Europa in guter Verfassung? Bestell-Nr. 5396
Nr. 48: Politische Streitkultur. Bestell-Nr. 5941
Nr. 54: Entscheiden in der Demokratie. Bestell-Nr. 5947 (neu 2008)
Nr. 55: Baukultur und Schlossgespenster. Bestell-Nr. 5948
Nr. 63: Akteure in der Politik. Bestell-Nr. 5956 (neu 2009)
Nr. 66: Mitmischen: Neue Partizipationsformen. Bestell-Nr. 5959
Nr. 68: Unternehmensethik. Eigentum verpflichtet. Bestell-Nr. 5961
Nr. 69: Olympialand China. Bestell-Nr. 5962
Nr. 70: US-Präsidentschaftswahl 2008. Bestell-Nr. 5963
Nr. 74: Terrorabwehr und Datenschutz. Bestell-Nr. 5967
Nr. 75: Bedrohte Vielfalt – Biodiversität. Bestell-Nr. 5968
Nr. 76: Wasser – für alle!? Bestell-Nr. 5969 (neu 2009)
Nr. 77: Armut – hier und weltweit. Bestell-Nr. 5970 (neu 2010)
Nr. 78: Der Bundestag – Ansichten und Fakten. Bestell-Nr. 5971 (neu 2009)
Nr. 79: Herbst '89 in der DDR. Bestell-Nr. 5972 (neu 2011)
Nr. 83: Meilensteine der Deutschen Einheit. Bestell-Nr. 5976
Nr. 84: Afghanistan kontrovers. Bestell-Nr. 5977
Nr. 86: Konjunktur – Gute Zeiten, schlechte Zeiten. Bestell-Nr. 5979 (neu 2013)
Nr. 88: Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung. Bestell-Nr. 5981 (neu 2013)
Nr. 89: Mitte der Gesellschaft. Bestell-Nr. 5982
Nr. 91: Sprache und Politik. Bestell-Nr. 5984
Nr. 94: Lust auf Lernen? Bestell-Nr. 5987 (neu 2014)
Nr. 98: Was denken Nazis? Bestell-Nr. 5991 (neu 2016)
Nr. 104: Unterschicht = abgehängt? Bestell-Nr. 5997
Nr. 107: Medien – die „vierte Gewalt“? Bestell-Nr. 5401 (neu 2017)
Nr. 108: Zivilcourage. Bestell-Nr. 5402
Nr. 109: Flüchtlinge. Bestell-Nr. 5403
Nr. 110: Alltäglicher Rassismus. Bestell-Nr. 5404
Nr. 112: Zukunft der Europäischen Union? Bestell-Nr. 5406 (neu 2018)
Nr. 113: Umwelt und Verkehr. Bestell-Nr. 5407
Nr. 114: Rechtspopulismus – Herausforderung für die Demokratie? Bestell-Nr. 5408
Nr. 115: Staat und Religionen nach dem Grundgesetz. Bestell-Nr. 5409
Nr. 116: Kindersoldaten. Bestell-Nr. 5410
Nr. 117: Informationsfreiheit. Bestell-Nr. 5411
Nr. 118: Hate Speech – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Netz. Bestell-Nr. 5412
Nr. 119: Digitale Öffentlichkeit, Social Media und ich. Bestell-Nr. 5413
Nr. 120: Mahnmal Erster Weltkrieg – Perspektiven der Erinnerung. Bestell-Nr. 5414
Nr. 121: Rüstungsexporte aus Deutschland: Grundlagen und Kritik. Bestell-Nr. 5415

TIPP:

Ausgaben zu vielen
weiteren Themen können
als PDF heruntergeladen
werden unter
[www.bpb.de/
themenblaetter](http://www.bpb.de/themenblaetter).

— Zum Titelbild

Das Bild entstand während der größten europäischen
Rüstungsmesse „Eurosatory“ 2016 auf dem Messegelände
von Villepinte nördlich von Paris. Die Messe findet alle zwei
Jahre statt, regelmäßig protestieren Friedensaktivisten[☺]
und Rüstungsgegner[☹] dagegen. Das auf der Messe
präsentierte Modell „MBT Advanced Technology Demon-
strator“ der deutschen Rheinmetall AG basiert auf einem
Leopard 2-Kampfpanzer, der als „Exportschlager“ gilt
(<http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/leopard-109.html>);

die Krauss-Maffei Wegemann GmbH spricht von bisher
3.500 gelieferten Stück und 16 alliierten Partnernationen,
die dem Leopard 2 vertrauen.

— Tipp: Neben dem Rüstungsexportbericht der
Bundesregierung bietet auch das UN-Register
über Konventionelle Waffen einen Überblick über
Handelsströme <https://www.unroca.org/> (auf Englisch).



Rüstungsexport aus Deutschland: Komplex und kontrovers

Seit Jahrzehnten ist die deutsche Rüstungsexportpolitik ein in Politik, Wissenschaft und interessierter Öffentlichkeit umstrittenes (außen-)politisches Thema. Dies liegt daran, dass Deutschland zu den weltweit wichtigsten Rüstungsexportländern gehört und die Folgen dieser Politik dramatisch sein können.

Während die Bundesregierung die immer restriktivere Handhabung von Rüstungsexporten betont und eine sorgfältige sicherheitspolitische und menschenrechtsorientierte Prüfung jeder einzelnen Ausfuhrgenehmigung garantiert sieht, wird dies von vielen kritischen Stimmen bezweifelt und ein friedenspolitischer Beitrag von Waffenlieferungen grundlegend in Frage gestellt. Tatsache ist, dass eine erhebliche Anzahl von Kriegswaffen und andere Rüstungsgüter in Deutschland mit dem Ziel produziert werden, sie in andere Länder zu liefern. Dort sollen sie beispielsweise einen Beitrag zur Sicherheit von Staaten oder zur Bekämpfung des Terrorismus leisten. Menschen werden an diesen Waffen ausgebildet und setzen sie unter Umständen auch ein – wodurch im Extremfall andere Menschen getötet werden. Vor diesem Hintergrund hat die Kontroverse um die deutschen Rüstungsexporte nicht nur eine außen- und sicherheitspolitische Dimension, sondern wird auch unter Einbeziehung friedensethischer Aspekte geführt. Hinzu kommt mit Blick auf wirtschaftspolitische Überlegungen die Frage, inwiefern zehntausende Arbeitsplätze in den rüstungsgüterproduzierenden Unternehmen mit ins Kalkül gezogen werden (dürfen oder müssen).¹

Für die politische Bildungsarbeit sind Rüstungsexporte ein wichtiges, aber auch hochsensibles Thema. Schließlich berühren Waffenlieferungen angesichts der medial übermittelten Bilder von Krieg und realer Waffengewalt junge Menschen in besonders emotionaler Weise und es stellen sich für sie Fragen: Warum werden Waffen überhaupt in andere Länder geliefert? Was geschieht damit? Wie kann ich die unterschiedlichen Informationen und Argumente bewerten und eine eigene Haltung entwickeln? Im schulischen Kontext eröffnen die Bildungspläne unterschiedliche Zugänge zum Thema, vorzugsweise im Ethik- oder Politikunterricht, aber auch in Geographie.

Das Thema Rüstungsexportpolitik ist allerdings (nicht nur) für Schüler[♂] hochkomplex. Die Komplexität beginnt bei Definitionsfragen, denn die zentralen Begrifflichkeiten wie „Großwaffen“, „Kleinwaffen“, „Leichtwaffen“, „Rüstungsgüter“ etc. werden nicht einheitlich gebraucht und unterschieden. Es ist oft schwierig, verlässliche Angaben bezüglich des Umfangs und der Empfängerländer einzelner Rüstungstransfers sowie der Weiterver-

♂ steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

breitung der Waffen zu erhalten oder Beispiele für die konkrete Verwendung nicht nur von Panzern, Schiffen oder Gewehren, sondern auch von unterschiedlichen Rüstungstechnologien in Konflikt- und Kriegsregionen zu finden. Schließlich ist es schwierig, die Gemengelage außen- und sicherheitspolitischer Begründungen für die betonte Notwendigkeit von Rüstungsexporten zu durchschauen. Die Vorwürfe der Kritiker[♂] jedenfalls wiegen schwer: Waffen aus Deutschland fördern regionale Rüstungswettläufe, dienen der Stabilisierung autoritärer oder diktatorischer Regime, werden gegen unschuldige Zivilisten[♂] eingesetzt oder gelangen in die Hände von Kindersoldaten[♂].

— **Lernziel:** Diese Themenblätter-Ausgabe soll helfen, sich im Unterricht mit ausgewählten Aspekten der Waffenexportthematik auseinanderzusetzen und eine eigene Meinung bilden zu können. Lernziel der Arbeitsblätter ist es, die Komplexität des Themas zu erkennen und differenziert dazu Stellung zu nehmen.

Hinweise zu den Arbeitsblättern und zu den Kopiervorlagen

1 Blitzumfrage und

4 Umfrage

Die Schüler[♂] lernen, sich zu einem kontroversen Thema wie „Rüstungsexporte“ zu positionieren. Dies geschieht zu Beginn der Beschäftigung mit dem Thema im Unterricht und am Ende. Diese Aufforderung zur Selbstpositionierung dient der Aktivierung der Schüler[♂] und ihres Vorwissens zum Thema. Nach der Vertiefung des Wissens und der Festigung von Urteilskompetenz kann diese Meinung sich ändern, oder zu einer informierteren Positionierung werden. Mögliche Veränderungen werden besprochen. Dabei geht es nicht darum, eine Dichotomie zwischen „den Rüstungsgegnern[♂]“ und der Bundesregierung zu konstruieren, sondern ausgehend von diesen Stellungnahmen in den weiteren Aufgaben die Argumente für und gegen (bestimmte) Rüstungsexporte differenziert zu betrachten.

¹ — Der Bundesregierung zufolge sind Rüstungsexporte „kein Mittel der Wirtschaftspolitik“ (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/ruestungsexportkontrolle.html).



Hintergrund: Eine deutliche Mehrheit der Deutschen lehnt den Verkauf von Waffen und anderen Rüstungsgütern an andere Staaten ab. Dies geht aus einer vielzitierten repräsentativen Online-Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov vom Mai 2018 hervor. Demzufolge sind 64 Prozent der Befragten gegen Waffenexporte. 80 Prozent sprechen sich gegen jegliche Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete aus. Besonders groß ist die Ablehnung bei Waffenexporten an das Nato-Mitglied Türkei: 83 Prozent der Befragten lehnen die Lieferung von Waffen und anderen Rüstungsgütern dorthin ab.

www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/fast-zwei-drittel-der-deutschen-gegen-ruestungsexporte-15613393.html

2 Weltrüstungsmarkt und

Z1 Empfänger deutscher Rüstungsexporte

„Deutsche Waffengeschäfte mit Drittländern gestiegen“ (Die ZEIT) und „Rüstungsexporte aus Deutschland sind rückläufig“ (Deutsche Welle) – zwei Internetschlagzeilen machen im Juni 2018 auf die Veröffentlichung des Rüstungsexportberichts der Bundesregierung aufmerksam.

Die Schüler*innen setzen sich in einem ersten, grundlegenden Schritt mit Nachrichten und Informationen über den weltweiten Rüstungsmarkt und in der *Zusatzaufgabe Z1* über die Rüstungsexporte aus Deutschland auseinander, lernen sie zu bewerten und selbstständig Quellen zu recherchieren.

Ein Beispiel: Worauf beziehen sich die eingangs genannten Angaben mit den jeweils unterschiedlichen Tendenzen? Nach Angaben der Bundesregierung wurden im Jahr 2017 Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern in Höhe von 6,24 Mrd. € (Vorjahr: 6,85 Mrd. €) erteilt. Dabei entfiel ein Anteil von 39,2 % (Vorjahr: 46,4 %) auf Genehmigungen für Lieferungen in Länder der Europäischen Union (EU), der NATO oder nach Australien, Neuseeland, Japan und Schweiz. Alle weiteren Länder werden als sogenannte Drittländer bezeichnet. Dorthin wurden Ausfuhrgenehmigungen in Höhe von 3,795 Mrd. € (Vorjahr: 3,67 Mrd. €) erteilt. Dies bedeutet, dass bei einem leichten Rückgang der Gesamtzahlen im Vergleich zum Vorjahr mehr als die Hälfte der Summe an Drittländer vergeben wurde, mit steigender Tendenz gegenüber dem Vorjahr.

Was aktuell in den Kommentarspalten mit Blick auf Rüstungsexporte nach und Sanktionen gegen Saudi-Arabien angesichts der Debatte um die Tötung des Journalisten Jamal Khashoggi diskutiert wird, kann z.B. in der Presseschau des Deutschlandfunks vom 20.11.2018 nachgelesen werden: www.deutschlandfunk.de/presseschau-aus-deutschen-zeitungen.2287.de.html?drn:date=2018-11-20

1. Informationsangebote der Bundesregierung

Seit einigen Jahren bieten die **Rüstungsexportberichte** der Bundesregierung regelmäßig grundlegende Daten und darauf bezogene Einschätzungen zu Rüstungsexporten aus offizieller Regierungssicht.

www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruestungsexportbericht-2017.html

Neben den Rüstungsexportberichten finden sich zum Beispiel auch in den Internetangeboten der betroffenen Ministerien Informationen über die Gründe, unter welchen Umständen und warum die verantwortlichen Politiker*innen Waffenexporten zustimmen:

„Rüstungsexporte sind kein Mittel der Wirtschaftspolitik und keine Exporte wie alle anderen. Die Bundesregierung hat sich daher in diesem sensiblen Bereich besonders strenge Regeln auferlegt und verfolgt eine äußerst restriktive Genehmigungs-politik. Der Export von Rüstungsgütern bedarf stets einer Genehmigung, die erst nach eingehender Einzelfallprüfung erteilt wird. Dabei legt die Bundesregierung besonderes Augenmerk darauf, dass die Güter nicht für Menschenrechts-verletzungen missbraucht werden oder zur Verschärfung von Krisen beitragen. Die Entscheidungen über Genehmigungen für Rüstungsexporte richten sich in erster Linie nach außen- und sicherheitspolitischen und nicht nach wirtschaftlichen oder beschäftigungspolitischen Erwägungen.“
(Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)

www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/ruestungsexportkontrolle.html

Im Jahr 2016 hat die Bundesregierung zudem die sogenannte Ertüchtigungsinitiative eingeleitet. Dabei soll es insbesondere um die Stärkung des Sicherheitssektors in ausgewählten Ländern (z.B. Irak, Jordanien, Tunesien, Mali und Nigeria) gehen.

Das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Verteidigung teilen sich Verantwortung und Zuständigkeit. Das übergeordnete Ziel der Ertüchtigungsinitiative sei es, Partner so zu unterstützen, dass sie „unter Beachtung menschenrechtlicher und rechtsstaatlicher Standards eigene Krisenprävention und Krisenbewältigung betreiben können“². Dabei steht insbesondere die Stärkung des Sicherheitssektors in den ausgewählten Partnerländern im Fokus. Ertüchtigungsprojekte umfassen die Elemente Ausbildung, Beratung und Ausrüstung für zivile wie militärische Sicherheitskräfte. Sie folgen damit einem umfassenden Ansatz. Im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative



der Bundesregierung wurde zum Beispiel Jordanien mit der Lieferung von Schützenpanzern vom Typ „Marder“ zur Grenzsicherung aus deutschen Haushaltsmitteln unterstützt. Hinter der Initiative steht, so Jan Grebe „das Interesse Deutschlands, in Zukunft nicht länger militärisch aktiv werden zu müssen und stattdessen Partner in dieser Hinsicht zu befähigen“³.

2. Quellen für die kritische Auseinandersetzung

Für die kritische Auseinandersetzung mit dem Thema kann und sollte auf weitere Datenquellen und systematische Auswertungen zurückgegriffen werden.

Dazu gehören:

- der *Rüstungsexportbericht* der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), getragen von den beiden großen Kirchen in Deutschland. Er setzt sich kritisch mit den Rüstungsexportberichten der Bundesregierung auseinander. www.gkke.org
- das seit vielen Jahren erscheinende *Jahrbuch* des schwedischen Friedensforschungsinstitutes SIPRI, welches sich vor allem auf den internationalen Handel mit Großwaffen bezieht (und als Zusammenfassung auch in deutscher Sprache erhältlich ist). www.sipri.org
- der *Small Arms Survey* einer unabhängigen Nichtregierungsorganisation mit Sitz in der Schweiz und einem Fokus auf Klein- und Leichtwaffen. www.smallarmssurvey.org
- Kampagnen gegen Rüstungsexporte, die Informationen sammeln und online bereit stellen, z.B. www.aufschrei-waffenhandel.de.

3. Genehmigungswege und -grundlagen

Rüstungsexporte werden durch drei gesetzliche Bestimmungen geregelt:

Grundgesetzartikel 26(2):

„Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG):

verbietet generell die Ausfuhr von Kriegswaffen. Ausnahmen müssen genehmigt werden. Welche Güter als Kriegswaffen zählen, ist in der Ausfuhrliste aufgeführt.

Außenwirtschaftsgesetz (AWG):

erlaubt generell die Ausfuhr von Waren. Die Ausfuhr von Waffen muss deshalb explizit verboten werden.

Die Leitlinien für die Genehmigungsbehörden bilden die Politischen Grundsätze der Bundesregierung aus dem Jahr 2000 (siehe Auszüge rechts), der Gemeinsame Standpunkt der EU (2008) sowie der Vertrag über den Waffenhandel (ATT). Genehmigt werden (vor allem brisante) Exporte vom Bundessicherheitsrat, einem geheim tagenden Gremium (siehe *Kopiervorlage 03*).

— Auszug: „Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“

I. Allgemeine Prinzipien

1. Die Bundesregierung trifft ihre Entscheidungen nach dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen (KWKG) und dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in Übereinstimmung mit dem von dem Rat der Europäischen Union (EU) angenommenen „Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren“ vom 8. Juni 1998 bzw. etwaigen Folgeregelungen sowie den von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) am 25. November 1993 verabschiedeten „Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen“. Die Kriterien des EU-Verhaltenskodex sind integraler Bestandteil dieser Politischen Grundsätze. Soweit die nachfolgenden Grundsätze im Verhältnis zum EU-Verhaltenskodex restriktivere Maßstäbe vorsehen, haben sie Vorrang.
2. Der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleisland wird bei den Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern besonderes Gewicht beigemessen.
3. Genehmigungen für Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern werden grundsätzlich nicht erteilt, wenn hinreichender Verdacht besteht, dass diese zur internen Repression im Sinne des EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden. Für diese Frage spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine wichtige Rolle.
4. In eine solche Prüfung der Menschenrechtsfrage werden Feststellungen der EU, des Europarates, der Vereinten Nationen (VN), der OSZE und anderer internationaler Gremien einbezogen. Berichte von internationalen Menschenrechtsorganisationen werden ebenfalls berücksichtigt.
5. Der Endverbleib der Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter ist in wirksamer Weise sicherzustellen.

— Quelle: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/aussenwirtschaftsrecht-grundsaeetze.pdf?__blob=publicationFile&v=1.

3 — www.bpb.de/apuz/190109/



3 Umstrittene Rüstungsexporte und -geschäfte

Über die Medien können Schüler*innen immer wieder von Rüstungsexporten und der Kritik daran erfahren. Anhand von Fallbeispielen, eigenen Recherchen und der Erarbeitung von Kriterien lernen sie, sich konkret zu diesen Beispielen und darauf aufbauend generell eine eigene Meinung zum Thema zu bilden.

Zur systematischen Analyse der Fallbeispiele können bspw. folgende Kategorien herangezogen werden (s. *Aufgabenstellung*):

- (1) Sicherheitspolitik, (2) Friedenspolitik und Friedensethik, (3) Menschenrechte, (4) Innenpolitik, (5) Wirtschaftspolitik, (6) Nachhaltigkeit.

Durch die Zuordnung der Argumente zu diesen Kategorien kann eine systematische Auseinandersetzung erfolgen, was eine strukturierte Debatte erleichtert.

1. Debatte im Bundestag:

Vertiefung zum Fallbeispiel Saudi-Arabien

Als Vertiefung zum Fallbeispiel Saudi-Arabien können Debattenbeiträge aus dem Deutschen Bundestag herangezogen und ausgewertet werden. Im Frühjahr 2018 gab es eine kontroverse politische Diskussion über Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien. Die beiden Regierungsparteien CDU und SPD hatten sich in den Koalitionsverhandlungen auf einen Exportstopp für alle Länder verständigt, die „unmittelbar“ am Jemen-Krieg beteiligt sind. Ländernamen wurden nicht genannt. Auch wurde „ein Bestandsschutz für bereits erteilte Vorgenehmigungen in den Koalitionsvertrag eingebaut“. (Handelsblatt, 23.3.2018)

Im Handelsblatt heißt es weiter: „Ungeachtet der Beteiligung Saudi-Arabiens am Jemen-Krieg hat die Bundesregierung die Lieferung von acht Patrouillenbooten an das Königreich genehmigt.“ Und die Autoren des Friedensgutachten 2018 schreiben: „Besonders besorgniserregend sind die hohen Genehmigungsraten für Saudi-Arabien. Dessen Luftangriffe im Jemenkrieg treffen viele zivile Einrichtungen. Die von Riad organisierte völkerrechtswidrige Seeblockade trägt maßgeblich zur humanitären Katastrophe bei.“⁴

Auszüge der Debattenbeiträge finden Sie auf *Lehrerblatt 05*.

— **Tipp:** Zur Verdeutlichung des Genehmigungswegs kann zuvor *Kopiervorlage 03* bearbeitet werden. In diesem findet keine öffentliche Debatte über einzelne Genehmigungen statt, der Bundessicherheitsrat tagt geheim. Gedanklich durchzuspielen, welche Konsequenzen eine fiktive Erweiterung z.B. um zivilgesellschaftliche Akteure hätte, hilft die Funktions- und Arbeitsweise des Gremiums zu durchdringen. Wird eine Recherche der Arbeitsweise des Gremiums und eine Meinungsbildung

der Schüler*innen darüber *Arbeitsblatt B* vorgelagert, kann dies die informierte Meinungsbildung bei der Fallbearbeitung unterstützen.

Z2 Meine Haltung: Bürgerprotest gegen Rüstungsexporte?

Anhand eines Aktionsbeispiels auf der *Kopiervorlage 02* setzen sich die Schüler*innen mit grundlegenden, friedensethisch begründeten Haltungen gegen Rüstungsexporte auseinander.

Besonders viel Kritik an der Rüstungsexportpolitik macht sich dabei am Beispiel der **Kleinwaffenproblematik** fest.⁵ Hier werden jedoch auch sicherheitspolitische Dilemmata sichtbar und können als Ergänzung zu und kontrastiert an den Argumenten der Aufgabe 3 („Meinungsspektrum“) zur eigenen Meinungsbildung der Schüler*innen beitragen.

Kleinwaffen 2016

Im Jahr 2016 hat Deutschland insgesamt 30.927 Kleinwaffen und leichte Waffen ausgeführt. Das ist sehr viel weniger als in den beiden Vorjahren (2015: 81.006; 2014: 106.435). Dieser Rückgang ist eine Folge der vergleichsweise geringen Genehmigungswerte des Jahres 2015. Da der Genehmigungswert für Kleinwaffen 2016 wieder angestiegen ist, dürften auch die Zahlen für die tatsächlichen Ausfuhren im nächsten Jahr wieder ansteigen.

Zu den Hauptempfängern unter den Drittstaaten zählen Brasilien, Indien, Indonesien, Malaysia und die Vereinigten Arabischen Emirate. Das zahlenmäßig größte Kontingent – 4.000 Sturmgewehre – ging im Rahmen der Ausstattungshilfe für die kurdischen Peschmerga in den Irak. Diese Lieferungen umfassten bereits zwischen September und November 2014 unter anderem 16.000 Sturmgewehre (jeweils 8.000 G3 und G36), 40 Maschinengewehre MG 3, 200 Stück Panzerfaust 3, sowie 30 Panzerabwehrwaffen vom Typ MILAN inklusive dazugehöriger Munition bzw. Lenkflugkörpern. 2015 bekamen die kurdischen Peschmerga weitere 4.000 G3 Sturmgewehre, 10 Maschinengewehre MG 3, 200 Panzerfäuste und nochmals 30 MILAN Panzerabwehrwaffen.

Dilemmata

„Kleinwaffen sind die ‚Massenvernichtungswaffen‘ der Gegenwart. Ihr Export für militärische Zwecke ist zu verbieten und das Verbot effektiv zu kontrollieren. Wir sehen aber auch, dass z.B. die Polizei in anderen Ländern auf eine Ausstattung mit Waffen angewiesen ist. Eine Waffenlieferung für polizeiliche Zwecke ist nur in stabile staatliche Verhältnisse, die nach Grundsätzen demokratisch legitimierter rechtsstaatlicher und effektiver Regierungs- und Verwaltungsführung unter Beachtung der Menschenrechte funktionieren, vorstellbar. Es gibt jedoch kein gesichertes Verfahren, den Endverbleib dieser Waffen zu überwachen.“

— **Quellen: Kleinwaffen** — Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE): Rüstungsexportbericht 2017 der GKKE. Erstellt in Kooperation mit dem BICC – Bonn International Center for Conversion. Berlin 2017, S. 62, www3.gkke.org/78.html.
Dilemmata — Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten (Auszug). Stuttgart 2017; S. 5, www.elk-wue.de/fileadmin/Downloads/Presse/Dokumente/2017/WEB_Handreichung_Ru_stungsexporte.pdf.

— **Auszug: Redebeiträge zur Debatte im Bundestag vom 23. Februar 2018** (Vertiefung zum Fallbeispiel Saudi-Arabien) *

„Die humanitäre Katastrophe im Jemen hat zwei Gründe. Das sind die Bomben von oben und die Tatsache, dass von Landesseite und von Seeseite her keine Hilfsgüter mehr reinkommen. Es gibt nämlich eine Seeblockade. Sie wollen diese Patrouillenboote weiterhin liefern und können auf Nachfrage nicht ausschließen, dass sie auch tatsächlich für die Seeblockade eingesetzt werden können. Ist das nicht ein weiteres Armutszeugnis?“

— *Omid Nouripour*
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Bleibt die Frage, wie wir mit bereits genehmigten Rüstungsexporten – das war ja Ihre Frage –, zum Beispiel nach Saudi-Arabien, umgehen, deren Stopp (...) gefordert wird. Sie meinen damit Patrouillenboote, Militär-Lkws und ungepanzerter Transportfahrzeuge. Das aber sind keine Waffen, mit denen im Jemen Krieg geführt wird. Sie dienen der Grenzsicherung, der Terrorabwehr und der Sicherung von Bohrinseln im Golf. Sie müssen schon unterscheiden zwischen Kampf- und Verteidigungswaffen. Das ist ein großer Unterschied.“

— *Elisabeth Motschmann* (CDU/CSU)

„Es muss endlich Schluss damit sein, dass nach wie vor deutsche Waffen in eine Region geliefert werden, in der Krieg geführt wird, und dann auch noch Boote – und das sind nun einmal keine Bötchen; sonst unterläge die Ausfuhr auch keiner Genehmigung nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz – an ein Land, das eine Seeblockade errichtet und somit hinnimmt, dass die Kinder im Jemen verhungern.“

— *Agnieszka Brugger*
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Wir wollen uns weiterhin für eine politische Lösung des Konflikts unter der Leitung der Vereinten Nationen einsetzen. (...) Wir werden weiterhin die humanitäre Hilfe im Jemen unterstützen. (...) Wenn wir entscheiden, welche Rüstungsexporte in Drittländer genehmigt werden sollen, kommt es entscheidend darauf an, ob sie sich mit den beantragten Rüstungsgütern unmittelbar an dem Jemen-Konflikt militärisch beteiligen werden oder nicht.“

— *Dr. Nils Schmid* (SPD)

„Aber schauen wir auf die Zahlen. Allein in den Jahren 2013 bis 2015 wurden Waffen und Rüstungsgüter im Wert von fast 100 Milliarden Dollar an den Nahen und Mittleren Osten geliefert. Die drei Hauptexporteure waren die USA mit circa 75 Milliarden Dollar, die EU mit fast 12 Milliarden Dollar und Russland mit 7 Milliarden Dollar. Die Hauptabnehmerländer waren Saudi-Arabien mit 25 Milliarden Dollar und die Vereinigten Arabischen Emirate mit über 18 Milliarden Dollar. Beide sind Konfliktparteien im Jemen. Der Anteil Deutschlands an den Rüstungsexporten lag bei etwa 1 Prozent. Das heißt, selbst wenn wir diesen Anteil jetzt auf null reduzieren würden, bliebe die Gesamtsituation unverändert.“

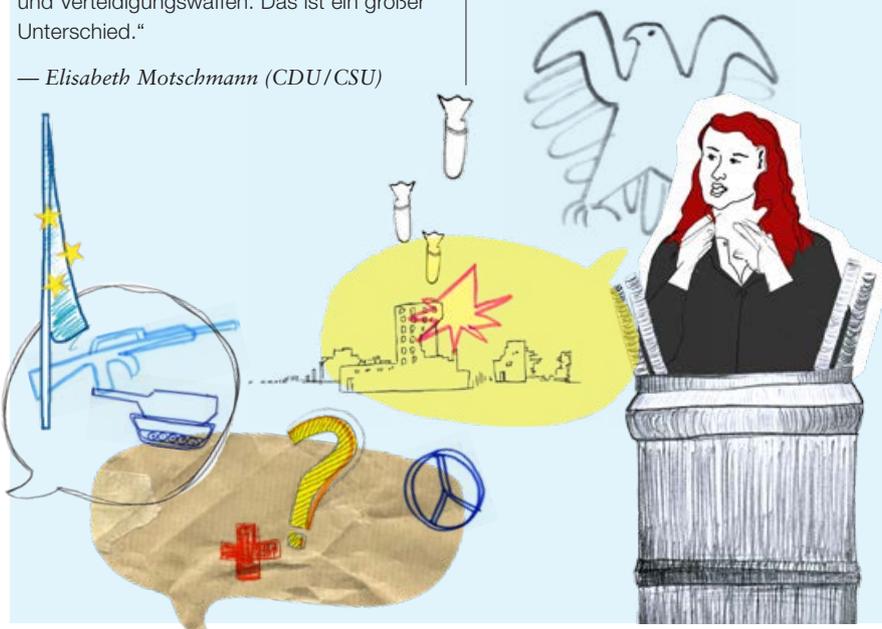
— *Dr. Roland Hartwig* (AfD)

„Wir Freien Demokraten lehnen Waffenlieferungen in Krisengebiete ab. Der Hauptgrund für die humanitäre Katastrophe ist allerdings der Kampf Saudi-Arabiens und seiner Verbündeten gegen die Huthi-Rebellen. (...) Meine Damen und Herren, die Friedensfindung im Land wird ein langer Weg sein. Die Bevölkerung kann aber nicht so lange warten. Deshalb steht jetzt die Verbesserung der humanitären Situation im Vordergrund.“

— *Renata Alt* (FDP)

„Frau Motschmann, was da passiert, ist kein Kampf gegen den Terror. Saudi-Arabien bombardiert alles wahllos nieder: Hochzeiten, Wohnviertel, Schulen, Krankenhäuser, Märkte, Kulturschätze wie den Marib-Staudamm, den ältesten Staudamm der Menschheit. 92 Prozent der Opfer in diesem Krieg sind Zivilisten. (...) Hier gibt es nur eine Forderung: Stoppen Sie endlich die Waffenexporte, und zwar ohne Wenn und Aber und sofort!“

— *Stefan Liebich* (DIE LINKE)



— *Quelle:* Plenarprotokoll 19/15; Deutscher Bundestag; Stenografischer Bericht 15. Sitzung; Berlin, Freitag, den 23. Februar 2018.

* Die Debatte wurde im Rahmen der Beratung des Antrags von Abgeordneten und der Fraktion DIE LINKE „Weitere Aufrüstung der arabischen Halbinsel stoppen“ geführt.

— **Fußnoten von Lehrerblatt 04:**

4 — „Krieg ohne Ende. Mehr Diplomatie – weniger Rüstungsexporte“ Friedensgutachten 2018, 8.

5 — Laut Rüstungsexportbericht umfassen Kleinwaffen „Gewehre mit Kriegswaffenlisten (KWL)-Nummer (halb- und vollautomatische Gewehre), Maschinenpistolen, Maschinengewehre, Flinten für militärische Zwecke, Waffen für hülsenlose Munition und Teile für diese Waffen (nicht eingeschlossen sind sonstige Handfeuerwaffen: Gewehre ohne KWL-Nummer, Revolver, Pistolen, Scharfschützengewehre, funktionsunfähige Waffen, Jagdgewehre, Sport-Pistolen und -Revolver, Sportgewehre, halbautomatische Jagd- und Sportgewehre und sonstige Flinten).“ Rüstungsexportbericht 2017, S. 21.

Deutsche Waffen in alle Welt?

Z1 Empfänger deutscher Rüstungsexporte

Im **Rüstungsexportbericht 2017** gibt die Bundesregierung Auskunft über gelieferte und genehmigte Rüstungsexporte. Dabei wird zwischen Kriegswaffen (z.B. U-Boote, Panzer) und Rüstungsgütern (z.B. Kleinwaffen wie Gewehre) unterschieden. Unterschieden wird auch zwischen Ländern der EU, der NATO sowie Australien, Neuseeland, Japan und Schweiz auf der einen Seite und allen anderen „Drittländern“ auf der anderen Seite.

— **Online unter:** www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruestungsexportbericht-2017.html

➔ 1. Ordnet die in den Materialien M1 bis M3 genannten Länder anhand der untenstehenden Karte den einzelnen Weltregionen zu: Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika und Karibik, Nordamerika, Ozeanien. Welche regionalen Schwerpunkte stellt ihr fest?

— M1: Deutsche Kriegswaffen-genehmigungen in Drittländer 2017

Ägypten, Algerien, Botsuana, Brasilien, Chile, Georgien, Indien, Indonesien, Israel, Jordanien, Libanon, Malaysia, Mali (UN-Mission), Oman, Republik Korea, Saudi-Arabien, Singapur, Südafrika, Trinidad und Tobago, Tunesien, Vereinigte Arabische Emirate.

— *Quelle:* Rüstungsexportbericht 2017, S. 21., © Leitwerk

— M2: Deutsche Einzelgenehmigungen von Kleinwaffen in Drittländer 2017

Algerien, Barbados, Brasilien, Indien, Indonesien, Irak, Israel, Jordanien, Libanon, Malaysia, Oman, Republik Korea, Saudi-Arabien, Singapur, Taiwan, Trinidad und Tobago, Tunesien, Vereinigte Arabische Emirate.

— *Quelle:* Rüstungsexportbericht 2017, S. 23., © Leitwerk

— M3: Ausfuhr von Kriegswaffen 2017 aus Deutschland (Beispiele)

Land	Produkt	Anzahl
Ägypten	U Boot KI 209 Typ 1400	2
Algerien	Fregatte MEKO A-200 AN	1
Belgien	Hubschrauber NH90 NFH	1
Indonesien	Kampfpanzer Leopard 2	21
Katar	Kampffahrzeuge Fennek	25
Kroatien	Panzerhaubitze 2000	13
Litauen	Panzerhaubitze 2000	12
Republik Korea	Lenkflugkörper TAURUS	149
Singapur	Kampfpanzer Leopard 2	18
Vereinigtes Königreich	Lenkflugkörper Stormshadow	2

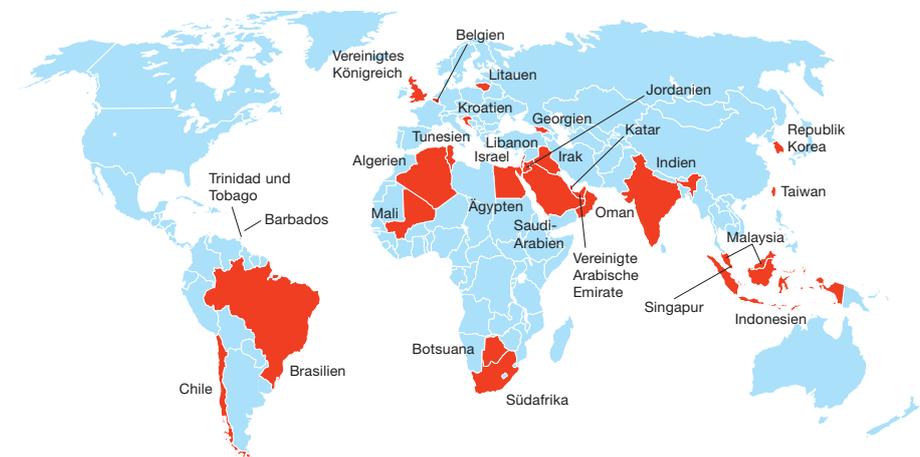
— *Quelle:* Rüstungsexportbericht 2017, S. 13., © Leitwerk

➔ 2. Erstellt zwei Listen mit jeweils maximal fünf Ländern (aus M1 bis M3), in welche ihr Waffenexporte a) erlauben oder b) verbieten würdet. Begründet die Auswahl schriftlich auf einem Extra-Blatt!

a) Waffenexporte erlauben:

b) Waffenexporte verbieten:

— M4: Weltweite Rüstungsexporte



— *Länder aus M1 bis M3,* © Leitwerk



Meine Haltung

Z2 Bürgerprotest gegen Rüstungsexporte?

♀ steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

In einem Aufruf von Friedensorganisationen wurden interessierte Menschen aufgefordert, sich an einem Staffellauf gegen Rüstungsexporte unter dem Motto „Frieden geht!“ zu beteiligen.

— Die beiden Schirmherren erklären, warum:



Dr. h.c. Hans-Christof von Sponeck ist ehemaliger hoher Diplomat der Vereinten Nationen (beigeordneter UN-Generalsekretär).

Er sagt:

„Wenn Menschen miteinander und füreinander dem Unrecht und der Armut Einhalt gebieten, bedeutet dies eine Stärkung der menschlichen Sicherheit. Die weiterhin schwelenden Krisen in Asien, in Afrika, in Ost-Europa und, gerade in dieser Zeit, im Mittleren Osten, bezeugen, dass der Waffengang der Gegenwart nicht in der Lage ist, Konflikte zu lösen und Unmenschlichkeit zu beenden. Die Gespräche zwischen dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und Deutschland mit dem Iran haben erfolgreich einen anderen, den friedlichen Weg aufgezeigt.

Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht dazu führen, dass deutsche Technologie missbraucht und krisenfördernd wird. Ein solcher Ansatz macht uns mitschuldig und schadet unserem Ansehen.“



Fritz Keller ist erster Vorsitzender des Bundesliga-Fußballvereins SC Freiburg.

Sein Statement lautet:

„FRIEDEN GEHT ist das Motto des Staffellaufes, den ich hiermit ausdrücklich unterstütze. Weil ich finde, ES GEHT NICHT, dass Deutschland auf dem Hintergrund seiner Geschichte Waffen in Länder exportiert, die Menschenrechte verletzen oder Kriege führen oder beides zusammen. Und weil ich finde, ES GEHT NICHT, dass Deutschland Waffen in Länder exportiert, die Kriege führen, vor denen die Menschen, die dort leben, fliehen müssen. Und weil ich finde, ES GEHT NICHT, dass wir Waffen in Länder exportieren, in denen Werte, die uns wichtig sind, wie Respekt, Weltoffenheit und Toleranz, missachtet werden. Und weil ich finde, ES GEHT NICHT, dass wir Waffen in Länder exportieren, in denen Kinder zu Opfern von Waffengewalt werden oder als Kindersoldaten zu Tätern.

FRIEDEN GEHT, gehen Sie mit!“

— Quelle: www.frieden-geht.de/schirmherr-und-statements/

Zusatzaufgaben (Ergänzung zu Aufgabe 3 auf Arbeitsblatt B)

➡ 1. Vergleiche die Äußerungen von Hans-Christof von Sponeck und Fritz Keller mit den Argumenten in eurer Liste aus Aufgabe 3. Welche Unterschiede fallen euch auf? Tragt fehlende Argumente in die Liste ein.

➡ 2. Findet mögliche Gegenargumente zu den Statements der beiden Schirmherren und tragt sie ebenfalls in die Liste ein.

➡ 3. Überlege zunächst allein und notiere schriftlich Stichpunkte:

- Wie ist deine Haltung zu solchen Aktionen gegen Rüstungsexporte?
- Würdest du dich daran beteiligen?

Tauscht eure Meinungen im Plenum aus, indem ihr eure Begründungen vortragt.

➡ 4. Überlege allein: Welche Argumente überzeugen dich?

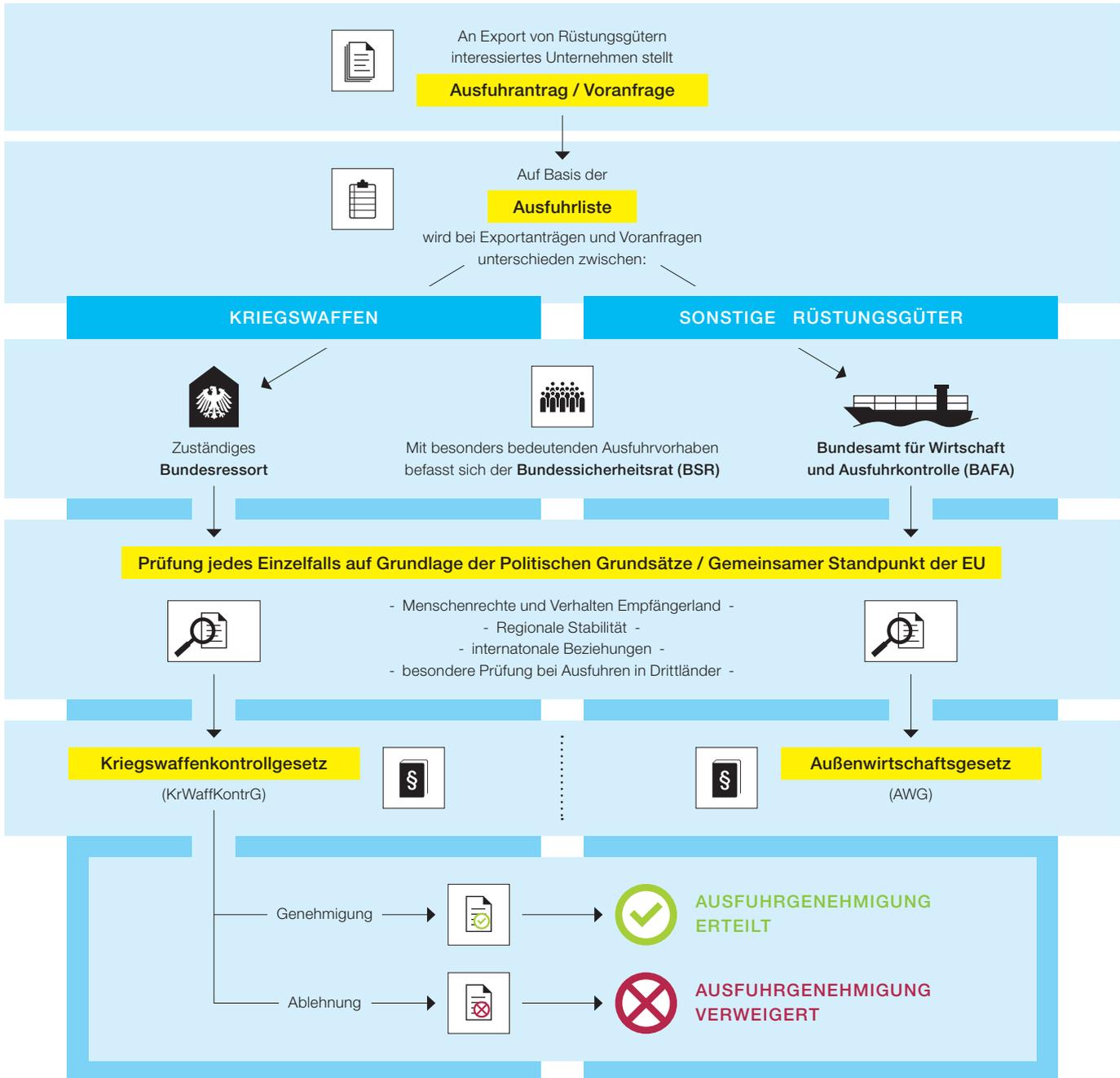
Formuliere einen fiktiven „Offenen Brief“ an eine Person deiner Wahl (z.B. Politiker♀, Schirmherr der o.g. Initiative) mit deinen Argumenten (zustimmend, ablehnend, fragend).

KOPIERVORLAGE

03

Genehmigungsweg für Rüstungsexporte

— Der Prozess im Überblick



Z3 Vom Antrag zur Genehmigung

➔ 1. Das Genehmigungsverfahren für Rüstungsexporte ist komplex. Vollzieht die einzelnen Schritte nach und erläutert dabei, wer jeweils an jedem Schritt beteiligt ist und auf welcher Grundlage die Entscheidung gefällt wird.

➔ 2. Wer ist hier nicht dabei? Ergänzt die Übersicht, indem ihr an einem für euch sinnvollen Punkt ein fiktives Gremium hinzufügt, in welchem unterschiedliche Organisationen, Gruppen oder einzelne Personen vertreten sind und ihre Meinung äußern können. Erstellt eine Liste von möglichen Teilnehmern. Sammelt im Anschluss mögliche Folgen dieser fiktiven Erweiterung: Was würde sie für jede Entscheidung bedeuten? Wie würde sich dadurch die Arbeit des Gremiums verändern?



Rüstungsexporte auf dem Weltmarkt

.....
Deutschland zählt zu den weltweit wichtigsten Rüstungsexportländern. Die Ausfuhr von Waffen und Kriegsgerät ist umstritten, die Argumente sind vielfältig. Welche sind das? Wohin wird überhaupt exportiert und warum? Und was ist meine persönliche Haltung dazu?

1 Blitzumfrage

☞ steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

Rüstungsexporte aus Deutschland sind ein umstrittenes Thema.

➔ Führt in der Klasse eine Blitzumfrage mit zwei Fragen durch und haltet die Ergebnisse auf einer Wandzeitung fest.

Frage 1: Soll die deutsche Bundesregierung Rüstungsexporte generell erlauben?

Frage 2: Sollen Rüstungsexporte aus Deutschland in Krisen- und Kriegsregionen verboten werden?

2 Weltrüstungsmarkt

Im Jahrbuch des schwedischen Friedensforschungsinstitutes SIPRI werden die wichtigsten Export- und Importländer von Großwaffen (also z.B. Panzer, Kriegsschiffe) aufgeführt.

➔ 1. Ergänzt mit Hilfe des rechts stehenden Balkendiagramms die folgende Beschreibung des Weltrüstungsmarktes:

Unter den 10 größten Waffenexportländern dieser Welt befinden sich _____ Länder aus Europa. Über die Hälfte der exportierten Großwaffen stammen aus den _____ und _____. Deutschland gehört zu den Top _____ der weltweiten Waffenexportnationen. Viele Waffen werden in Länder des Nahen und Mittleren Ostens exportiert, zum Beispiel nach _____, _____, _____, _____ in den _____ oder in die _____.

➔ 2. Ergänzt außerdem den folgenden Satz:

„Der Weltrüstungsmarkt für Großwaffen ist meiner Meinung nach besonders dadurch gekennzeichnet, dass _____

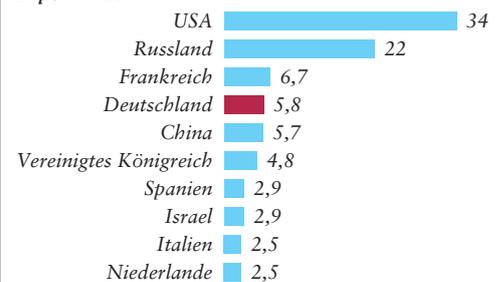
_____“.

— Wichtig:

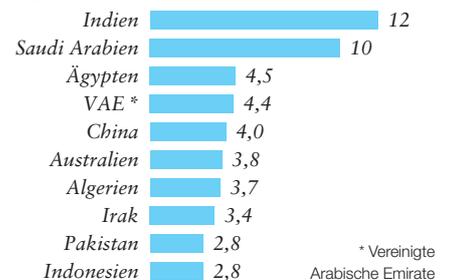
Die **Kopiervorlage 01** bietet ein genaueres Bild von Rüstungsexporten aus Deutschland. Einfach kopieren lassen oder herunterladen unter: www.bpb.de/themenblaetter

— Die wichtigsten Export- und Importländer von Großwaffen 2013–2017 (in Prozent am Welthandel)

Exportländer



Importländer



— Quelle: Sipri Yearbook 2018; © Leitwerk

— **Tipp:** Hier könnt ihr eine Zusammenfassung des SIPRI Jahrbuchs 2018 herunterladen (auf Englisch): www.sipri.org/sites/default/files/2018-06/yb_18_summary_en_0.pdf



Bringen Rüstungsexporte Frieden und Sicherheit?

Rüstungsexporte aus Deutschland werden nach Aussagen der verantwortlichen Politiker nur dann genehmigt, wenn sie den außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands nützen und den Frieden in den Empfängerländern nicht gefährden. Kritiker* bezweifeln, dass diese Festlegung immer zutrifft.*

3 Umstrittene Rüstungsexporte und -geschäfte

— Meinungsspektrum

A „Die Bundesregierung verfolgt eine restriktive und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik (...). Über die Erteilung von Genehmigungen für Rüstungsexporte entscheidet die Bundesregierung im Einzelfall und im Lichte der jeweiligen Situation nach sorgfältiger Prüfung unter Einbeziehung außen- und sicherheitspolitischer Erwägungen.“

— Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahr 2017. Rüstungsexportbericht 2017, S. 3

B „Die deutsche Rüstungsexportpolitik ist weder restriktiv noch friedenspolitisch sinnvoll.“

— Friedensgutachten 2018: Kriege ohne Ende. Mehr Diplomatie – weniger Rüstungsexporte. Münster 2018, S. 8

➔ 1. Bildet Arbeitsgruppen und wählt eines der rechts stehenden Beispiele (oder ein anderes Beispiel eurer Wahl) und recherchiert nach Hintergrundinformationen sowie aktuellen Entwicklungen.

➔ 2. Listet die Pro- und Contra Argumente für diese Rüstungslieferungen auf. Berücksichtigt bei eurer Analyse folgendes Frageraster, das ihr um weitere Kategorien ergänzen könnt:

- Sicherheit:** Wessen Sicherheit gefährden oder erhöhen diese Rüstungsexporte indirekt oder direkt (Menschen in der Region, Menschen in Deutschland)?
- Frieden:** Erhöhen die Rüstungsexporte die Chancen auf einen Friedensprozess oder gefährden sie diesen?
- Menschenrechte:** Unterstützen die Rüstungsexporte die Einhaltung der Menschenrechte oder tragen sie zu deren Verletzung bei?

➔ 3. Stellt die Ergebnisse im Klassenplenum vor und vergleicht sie. Fasst die Argumente in einer Übersicht zusammen und erstellt daraus eine „Checkliste“ mit euren Kriterien zur Prüfung von Rüstungsexporten.

4 Umfrage

➔ Wiederholt abschließend die Umfrage von *Arbeitsblatt A* in eurer Klasse. Hat sich das Abstimmungsergebnis verändert? Falls ja, wie interpretiert ihr die Abweichung?

— Fallbeispiele

1. Saudi-Arabien:

Die Bundesregierung hat die Lieferung von Patrouillenbooten an Saudi-Arabien genehmigt. Saudi-Arabien ist im Krieg im Jemen beteiligt und unterstützt eine Seeblockade. Diese behindert die humanitäre Hilfe für die Menschen im Jemen. Mitte November 2018 gab das für Waffenexporte zuständige Wirtschaftsministerium den Stop aller Waffenexporte nach Saudi-Arabien bekannt, auch der bereits genehmigten Exporte. Hintergrund ist die Tötung des regierungskritischen saudischen Journalisten Jamal Khashoggi in der saudi-arabischen Botschaft in der Türkei.

2. Irak:

Deutschland lieferte Waffen an die Soldaten* der Peschmerga (Armee des kurdischen Autonomiegebiets im Norden des Irak), um deren Kampf gegen den „Islamischen Staat“ zu unterstützen. Meldungen zufolge wurden die Gewehre von den Kämpfern* auch gegen die christliche Minderheit der Jesiden* eingesetzt.

3. Türkei:

Als Mitglied in der NATO erhält die Türkei seit vielen Jahren Rüstungsgüter aus Deutschland. Aufgrund der schlechten Menschenrechtslage und der Beteiligung am Syrienkrieg will die Bundesregierung Rüstungsexporte stark einschränken, aber nicht generell untersagen.

4. Jordanien:

Im Rahmen der „Ertüchtigungsinitiative“ lieferte die Bundesregierung 2017 Schützenpanzer „Marder“ zur Grenzsicherung, Lastwagen, Kleinbusse, Schul- und Trainingsflugzeuge sowie Waffen (Maschinenpistolen, Sturmgewehre). Ziel der Ertüchtigungsinitiative ist es, ausgewählte Partner zu befähigen „eigene Krisenprävention, Krisenbewältigung, Krisennachsorge und Friedenskonsolidierung zu betreiben und so zur regionalen Stabilität beizutragen“⁸.

8 — Rüstungsexportbericht 2017, S. 4. S. auch www.morgenpost.de/politik/article213102641/Von-der-Leyen-in-Jordanien-Der-IS-ist-nicht-verschwunden.html

Der Timer – Notizkalender für das ganze Schuljahr
160 Seiten, spannend, werbefrei! Jedes Jahr im Juni NEU!
www.bpb.de/timer — www.facebook.de/bpbtimer

Jetzt
bestellen!

TIMER

Fax-Bestellblatt (03 82 04) 6 62 73
E-Mail: bestellungen@shop.bpb.de

Das Bestellblatt kann auch in einem Fensterumschlag per Post verschickt werden.
Bitte ausreichend frankieren!

— Versandbedingungen im Inland:

Sendungen bis 1 kg sind versandkostenfrei. Bei Paketsendungen innerhalb Deutschlands entstehen dem Besteller **Versandkosten** in Höhe von 5,00 Euro pro Paket (max. 20 kg pro Paket). Großbestellungen ab 100 kg werden per Spedition ausgeliefert. Verbraucher^z haben ein vierzehntägiges **Widerrufsrecht**. Machen Sie von Ihrem Widerrufsrecht Gebrauch, so tragen Sie die unmittelbaren Kosten der Rücksendung der Medien. **Detaillierte Informationen** z.B. bei Versand ins Ausland, Speditionskosten, zu den Zahlungsbedingungen (nur Überweisung möglich), den Lieferzeiten und dem Widerrufsrecht erhalten Sie in unserem Online-Shop unter www.bpb.de/shop sowie telefonisch unter +49 (0)228-99515-0.

An den:

Publikationsversand der Bundeszentrale
für politische Bildung/bpb
Postfach 501055

18155 Rostock

Lieferanschrift

- Schule
 Privat

Vorname: _____

Name: _____

Klasse/Kurs: _____

Schule: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

E-Mail (freiwillig): _____

Ich stimme der Speicherung meiner Bestell-Daten* zu. Die bpb versichert, dass die Angaben ausschließlich im Rahmen der Aufgaben der Bundeszentrale für politische Bildung verarbeitet werden.

Unterschrift: _____

* Die angegebenen Daten werden von der bpb auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b EU-DSGVO zur Erfüllung des Vertrags oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen verarbeitet. Die Daten werden zu diesem Zweck an unseren Versanddienstleister (BFO GmbH) weitergegeben. Ausführliche Informationen zu Datenschutz und Betroffenenrechten finden Sie hier: www.bpb.de/datenschutz.

— Kniffbox Politik (Papp-Tragekoffer)



Rundumversorgung für den Politikunterricht!
Alle Arbeitsmappen aus der „... für Einsteiger“-
Reihe mit fertigen Arbeitsblättern plus „Logbuch
Politik“, „Methoden-Kiste“, „Bastelglobus“
sowie Vorschläge zum Einsatz im Unterricht.

Kniffbox Politik

Bestell-Nr. 5630 (siehe unten)

Bitte senden Sie mir:

— Thema im Unterricht /Extra: Arbeitsmappen

- Bestell-Nr. 5339 Ex. Logbuch Politik
Bestell-Nr. 5338 Ex. Zeitgeschichte für Einsteiger
Bestell-Nr. 5399 Ex. Was heißt hier Demokratie?
Bestell-Nr. 5630 Ex. Kniffbox Politik
Bestell-Nr. 5307 Ex. Wahlen für Einsteiger (neu 2017)
Bestell-Nr. 5333 Ex. Gesellschaft für Einsteiger
Bestell-Nr. 5306 Ex. Europa für Einsteiger (neu 2018)
Bestell-Nr. 5341 Ex. Logbuch Neuland
Bestell-Nr. 5340 Ex. Methoden-Kiste

— Themenblätter im Unterricht (siehe Seite 2)

- Bestell-Nr. 5414 Ex. Mahnmal Erster Weltkrieg. (Nr. 120) **neu!**
Bestell-Nr. 5415 Ex. Rüstungsexporte. (Nr. 121) **neu!**
Bestell-Nr. _____ / Ex. _____

— pocket

- Bestell-Nr. 2557 Ex. pocket recht (1,00 Euro pro Exemplar)
Bestell-Nr. 2048 Ex. israel kurzgefasst (1,50 Euro pro Exemplar)

— Spiele (1,50 Euro pro Exemplar)

- Bestell-Nr. 5454 Ex. kimemo (Bilderpaarsuche mit 48 bunten
Bildkarten zum Thema Kinderrechte)

— Falter

- Bestell-Nr. 5439 Ex. Kinderrechte
Bestell-Nr. 5444 Ex. Frieden machen
Bestell-Nr. 5434 Ex. Wahlrecht in Deutschland
Bestell-Nr. 5441 Ex. Grundrechte (deutsch–arabisch /
deutsch–englisch)